Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9207**

17. Wahlperiode 28. 03. 2012

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Willi Brase, Petra Crone, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Petra Hinz (Essen), Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Mechthild Rawert, Rita Schwarzelühr-Sutter, Kerstin Tack, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Aussagekraft der Studie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Verschwendung von Lebensmitteln

Die Verschwendung von Lebensmitteln ist in Deutschland, Europa und weltweit ein Problem mit großen sozialen, ökologischen und ethischen Folgen. Während in den armen Ländern dieser Welt viele Menschen hungern, werden bei uns auf jeder Stufe der Produktionskette vom Acker bis zum Teller Lebensmittel weggeworfen.

Zum Ausmaß der Verschwendung in Deutschland gibt es bisher keine belastbaren Daten. Bereits Ende 2010 hatte die zuständige Bundesministerin deshalb zugesagt, eine Studie in Auftrag zu geben.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages hat sich mehrfach mit dem Thema Lebensmittelverschwendung befasst. Im November 2011 wurde dort anlässlich der Beratung des Antrags der Fraktion der SPD „Strategie gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln“ (Bundestagsdrucksache 17/7458) die Erarbeitung eines fraktionsübergreifenden Antrags und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung vereinbart. Alle Fraktionen haben dies unterstützt und eine fraktionsübergreifende Initiative als der ethischen, sozialen und ökologischen Dimension des Themas angemessenes Signal begrüßt.

Die Ergebnisse der Studie sollten hierbei als Grundlage dienen. Nun liegt die Studie vor. Da sich die Vergabe immer wieder verzögert hatte, wurde sie in nur sechs Monaten erstellt. Die Autoren schränken die Aussagekraft der ermittelten Werte an mehreren Stellen der Studie ein.

Dazu einige Beispiele:

In der „Identifikation von Datenlücken und Forschungsbedarf“ (siehe Nummer 2.4 der Kurzfassung der Studie) heißt es, dass „oftmals keine gesicherten statistischen Daten zu den Abfällen“ vorliegen. „Es muss daher auf Kennzahlen aus der Literatur und anderen Methoden zur Erhebung, wie z. B. Sortieranalysen, zurückgegriffen werden.“

In Nummer 2.3.3 „Handel“ heißt es: „Ergänzend zu den Berechnungen sollte zur Abschätzung der Lebensmittelabfälle im Handel eine direkte Befragung erfolgen. Nahezu alle Anfragen – sowohl bei Einzelhandelsunternehmen als auch beim Bundesverband – wurden jedoch mit dem Verweis auf eine bereits von der EHI Retail Institute GmbH veröffentlichte Studie beantwortet. Daher war es nicht möglich, zusätzliche Daten zu erhalten.“

Auch in Nummer 2.4.4 werden viele weitere Lücken der Studie durch die Autoren dargestellt. Beispielsweise heißt es, dass der „Anteil an Lebensmittelabfällen aus Haushalten in der Biotonne nur in Ansätzen vorhanden“ ist, dass „Daten zur Zusammensetzung der Lebensmittelabfälle (im Restmüll) nach Vermeidbarkeit nicht existent“ sind und dass die „Menge an Lebensmittelabfällen, die nicht ins kommunale Sammelsystem entsorgt werden, sondern eigenkompostiert, an Haustiere verfüttert oder in die Kanalisation eingebracht werden […] nicht bekannt“ ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was hat die Bundesregierung dazu veranlasst, die Ergebnisse der Studie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Lebensmittelverschwendung am Dienstag, dem 13. März 2012 auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz zu präsentieren, ohne die Ausschussmitglieder vorab zu unterrichten, wie dies der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 7. März 2012 zugesagt hatte?

2. Warum wurden der Öffentlichkeit bereits konkrete Werte in Form von Charts und Grafiken präsentiert, obwohl bisher nur vage, unpräzise Resultate vorliegen und die Urheber der Studie weiteren Forschungsbedarf sehen?

   Wann werden durch aktuelle Stichprobenüberprüfungen konkrete und verlässliche Werte eruiert, die dann ausschlaggebend für seriöse politische Handlungsempfehlungen genutzt werden können?

3. Auf welche fundierte Datengrundlage stützt sich die Aussage der Bundesregierung, wonach jeder Bundesbürger pro Jahr 81,6 Kilogramm Essen wegwirft?

4. Mit welcher Begründung wurden nicht alle Stufen der Lebensmittelkette untersucht und mit der Landwirtschaft als erstem Glied der Kette ein wichtiger Bereich ausgespart?

   Welche Vorhaben gibt es, um diese Informationslücke zu schließen?

5. Inwieweit wurde berücksichtigt oder soll künftig untersucht werden, ob die Abnahmebedingungen des Handels die Problematik der Lebensmittelabfälle auf die Zulieferer verlagern?

6. Aus wie vielen Werten wurde der Median (siehe die Kurzfassung der Studie in Nummer 2.3.1) für die jährlichen Lebensmittelabfallmengen in Haushalten, bei Großverbrauchern und im Handel jeweils ermittelt?

   Inwieweit kann diese Stichprobengröße als repräsentativ gelten?

7. Wie viele weitere Werte lagen in der großen Spannweite der zwischen 210 000 Tonnen und 4 580 000 Tonnen in der Industrie anfallenden Lebensmittelabfälle?

   Warum wurde trotz der massiven Spannweite zwischen Minimal- und Maximalwert ein Medianwert in Höhe von 1 850 000 Tonnen zu Grunde gelegt?

   Ist dieser Wert statistisch ausreichend gesichert?

8. Wie viele direkte Stichproben liegen der Studie überhaupt zugrunde?

   Wurden die herausgearbeiteten Werte jeweils mit Hilfe von Stichproben validiert?

   Wenn nicht, wo war dies nicht der Fall?

9. Welche Gründe gibt es nach Auffassung der Bundesregierung für die geringe Rücklaufquote bei den Erhebungsbögen, die an Fachverbände und an Unternehmen der Lebensmittelindustrie verteilt wurden?

10. Inwieweit können mangels quantitativ erfassbarer Ergebnisse in den qualitativen Befragungen die ermittelten Werte als objektive und unabhängige Zahlen betrachtet werden?

11. Welche Gründe gibt es nach Auffassung der Bundesregierung dafür, dass die beim Handel in Ergänzung zu den Berechnungen durchgeführte direkte Befragung nahezu ausnahmslos mit dem Verweis auf eine bereits von der EHI Retail Institute GmbH veröffentlichte Studie beantwortet wurde und somit die Erhebung zusätzlicher Daten verhindert wurde?

12. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Kooperationsbereitschaft der genannten Akteure bei der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung zu erhöhen und die Erhebung der benötigten zusätzlichen Daten aus Lebensmittelindustrie und Handel zu ermöglichen?

    Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Kooperationsbereitschaft des Handels mit der Verteilung von Informationsblättern zum Mindesthaltbarkeitsdatum Genüge getan?

Berlin, den 28. März 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333